

Grundlagen des Rechts kennen

Spezielle Rechtskenntnisse, die Informatikerinnen und Informatiker im Berufsalltag benötigen, sind häufig nur verständlich, wenn ein Fundament von wesentlichen Grundlagen des Wissensgebietes Recht gelegt ist.

Auch ermöglicht gerade dieses Grundwissen die selbstständige Weiterbildung, wenn neue Fragen in der Berufspraxis entstehen.

Deshalb wird im Lernbereich 1 ein Einblick in die Begriffsstruktur und das Wesen des Rechts vermittelt. Darauf aufbauend werden ausgewählte Funktionen des Rechts in einem Überblick erläutert.

Der Lernbereich 2 gibt einen Einblick in wesentliche Rechtsquellen und ausgewählte Rechtsgebiete.

Alle notwendigen Informationen und Arbeitsunterlagen sind in diesem Lernmodul enthalten.

Dieses Lernmodul ist im häuslichen Studium zu erarbeiten.

Der benötigte Zeitaufwand liegt bei ca. 6 Stunden.

LERNMODUL 1

Ziele

Ausgangssituation

Planung

Fallbeispiel**Unfall mit eigenem PKW auf Dienstfahrt**

Der 58 Jahre alte Mitarbeiter A verursacht infolge Unachtsamkeit mit dem Firmenwagen einen Verkehrsunfall.

Er fährt mit dem PKW auf das vor ihm fahrende, von Z gelenkte Auto auf. Beide Fahrzeuge werden beschädigt, A und Z sind verletzt.

Im anschließenden Strafverfahren wird A zu einer Geldstrafe wegen fahrlässiger Körperverletzung des Z verurteilt. Bei seiner Verteidigung innerhalb des Strafverfahrens hatte A wahrheitsgemäß erklärt, er sehe ohne Brille nicht mehr gut; er habe zur Zeit des Unfalls keine Brille getragen und deshalb die Entfernung zu seinem Vordermann falsch eingeschätzt.

Von dieser Aussage erfährt die für die Erteilung der Fahrerlaubnis zuständige Verwaltungsbehörde. Sie prüft den Sachverhalt und erteilt schließlich dem A die Auflage, künftig nur noch mit Brille ein Kraftfahrzeug zu lenken.

Z., der sich wegen seiner Verletzungen in ärztliche Behandlung begeben hatte, verlangt von A Ersatz der entstandenen Heilkosten, des vorübergehend eingetretenen Verdienstausfalls und ein angemessenes Schmerzensgeld.

Bei A hinterlässt der Unfall einen bleibenden Gesundheitsschaden, der sich nachteilig auf seine Arbeitsleistung auswirkt. Dies veranlasst den Arbeitgeber, ihm nach einiger Zeit zu kündigen.

Aufgrund seines fortgeschrittenen Lebensalters und der Gesundheitsbeschädigung findet A keinen geeigneten anderweitigen Arbeitsplatz und ist gezwungen, von der Arbeitslosenunterstützung zu leben.

Dieser Lebensvorgang kann zu verschiedenen Prozessen bei unterschiedlichen Gerichtszweigen führen.

1 Begriff, Wesen und Funktion des Rechts	4
1.1 Definition des Rechts	4
1.2 Recht als Summe der geltenden Rechtsnormen	4
1.3 Recht im objektiven und subjektiven Sinn	5
1.4 Funktionen des Rechts	7
1.4.1 Gestaltungs- und Steuerungsfunktion	7
1.4.2 Ordnungsfunktion	8
1.4.3 Zuordnungs- und Rechtsgarantiefunktion	8
1.4.4 Streitentscheidungsfunktion	9
1.4.5 Befriedungsfunktion	9
1.4.6 Integrationsfunktion	9
1.4.7 Präge- und Erziehungsfunktion	10
2 Rechtsquellen und Rechtsgebiete	11
2.1 Rechtsquellen	11
2.1.1 Begriff und Funktion der Rechtsquellen	11
2.1.2 Arten von Rechtsquellen	11
2.2 Rechtsgebiete	14
Lösungsanhang	17

Inhaltsverzeichnis

Lernbereich**1 Begriff, Wesen und Funktion des Rechts****1.1 Definition des Rechts**

„Noch suchen die Juristen eine Definition zu ihrem Begriff von Recht“
(Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft).

Die Feststellung Kants ist immer noch aktuell. Der Rechtsbegriff ist nach wie vor zeitabhängig und umstritten. Im Laufe der Zeit sind viele Definitionen des Rechts aufgestellt worden, die sich ganz erheblich voneinander unterscheiden und teilweise sogar in erheblichem Widerspruch zueinander stehen.

Hier einige markante Beispiele:

- „Recht leitet seinen Namen von der Gerechtigkeit her; denn Recht ist wie Celius trefflich definiert, die Kunst des Guten und Billigen“ (Ulpian).
- „Ein Gesetz ist nichts anderes als eine Vorschrift der praktischen Vernunft, festgelegt durch den Herrscher, der eine vollkommene Gemeinschaft regiert. (...) Im Begriff des menschlichen Gesetzes ist erstens eingeschlossen, dass es vom natürlichen Gesetz abgeleitet ist; zweitens dass es auf das allgemeine Gute gerichtet ist; und drittens, dass es von demjenigen festgelegt wird, der die staatliche Gemeinschaft regiert“ (Thomas von Aquin).
- „Recht ist genau das, was die Vernunft als so eindeutig gut erkennt, dass es getan werden muss“ (Richard Hooker).
- „Recht im juristischen Sinne ist im Allgemeinen alles, was Menschen, die in irgend welcher Gemeinschaft miteinander leben, als Norm und Regel dieses Zusammenlebens wechselseitig anerkennen“ (Ernst Rudolf Bierling).
- „Als Recht wird hier eine normative Ordnung verstanden, die ein bestimmtes menschliches Verhalten dadurch herbeizuführen sucht, dass sie vorschreibt, dass im Falle eines gegenteiligen, des so genannten rechtswidrigen Verhaltens, des Unrechts ein Zwangsakt als Unrechtsfolge, als so genannte Sanktion erfolgen soll. In diesem Sinne ist das Recht eine normative Zwangsordnung“ (Hans Kelsen).

Trotz aller Differenzen hinsichtlich des Versuches, Recht definieren zu wollen, lassen sich zwei Ansätze unterscheiden, einerseits diejenigen, die das Recht als inhaltlichen Wertmaßstab begreifen, andererseits solche, die auf gewisse formale Eigenschaften des Rechts abstellen, ohne auf seinen Inhalt Bezug zu nehmen.

Die Frage „**was Recht ist**“ lässt sich demnach nicht anhand einer klaren Definition erschließen, sondern ist vielmehr davon abhängig, welche Funktion dem Recht zukommt, auf welche Rechtsquellen sich bezogen wird und inwieweit inhaltliche Wertmaßstäbe ihren Ausdruck im Normsetzungsverfahren und der Anwendung von Recht finden.

1.2 Recht als Summe der geltenden Rechtsnormen

Als Recht wird die Summe der geltenden, d.h. vom Gesetzgeber erlassenen und/oder vor den Gerichten angewendeten Normen bezeichnet.

Recht ist demnach das Ergebnis staatlicher Setzungsakte. Es umfasst alle Arten von staatlichen Normen sowie letztinstanzliche Entscheidungen, die nach der staatlichen Rechtsordnung Gültigkeit und Befolgung beanspruchen. Der Rechtsbegriff ist danach nicht auf Gesetze, also auf Produkte des staatlichen Gesetzgebungsverfahrens beschränkt, sondern wird durch vorstaatliches und ungeschriebenes Recht ergänzt.

1.3 Recht im objektiven und subjektiven Sinn

Das Recht wird in zwei rechtliche Erscheinungsformen getrennt.

Recht	
objektives Recht	subjektives Recht
- Rechtsnormen -	- Rechtsmacht des Einzelnen -

Tabelle 1 Erscheinungsformen des Rechts

Als **Recht im objektiven Sinne** bezeichnet man einzelne Rechtsnormen, oder auch die Summen der in einem Gemeinwesen geltenden Rechtsnormen.

Beispiele: das bürgerliche Recht, das Strafrecht oder die gesamte Rechtsordnung

Recht im objektiven Sinne sind also alle Normen der Rechtsordnung. Die Normen des objektiven Rechts begründen Pflichten und subjektive Rechte. Rein objektives Recht gibt es nicht. Die Begriffe objektives und subjektives Recht sind allein Ausdruck unterschiedlicher Fragestellungen über denselben Gegenstand Recht und beschreiben bloß die beiden Seiten einer Sache aus jeweils anderem Blickwinkel. Thematisch zusammenhängende Sätze des objektiven Rechts werden oft als Institut oder Institution bezeichnet. Es handelt sich um den Zusammenschluss miteinander verwandter Rechtssätze zu höheren Systemeinheiten.

Will man beide Begriffe unterscheiden, so sind mit dem Ausdruck Institution verbandsmäßige Organisationen gemeint, z.B. der Staat, Körperschaften und sonstige Vereinigungen. Den Instituten fehlt es an dem Merkmal der verbandsmäßigen Organisation. Es handelt sich um die Ausgestaltung von sozialen Tatsachen wie beispielsweise Ehe, Eigentum und Vertrag. Dem natürlichen Gegenstand „Baum“ lässt sich dadurch die institutionelle Tatsache „Eigentum“ verleihen.

Geltendes objektives Recht liegt vor, wenn eine Norm durch ein Normsetzungsverfahren legitimiert oder kraft gesetzlicher Grundlage verbindlich anerkannt wird und ihre Befolgung durch die Zwangsmacht staatlicher Behörden gewährleistet wird.

Geltende Rechtsnormen haben also zwei typische Merkmale:

1. Sie kommen in einem staatlich geregelten oder anerkannten Verfahren zu Stande, bei dem in der Regel bestimmte Staatsorgane (Regierung, Parlamente, Gericht) zusammenwirken (Art. 70 ff. GG; § 31 Abs. 2 BVerfGG).
2. Der Normgehorsam wird durch den Einsatz staatlicher Zwangsmacht (Polizei, Vollstreckungszwang, Strafen und Bußen etc.) garantiert.

Als **subjektives Recht** wird eine einklagbare Berechtigung bezeichnet, die sich für einzelne Personen aus dem objektiven Recht ergibt.

Das subjektive Recht ist also eine Rechtsmacht, die dem Einzelnen von der Rechtsordnung als ein Mittel zur Wahrung seiner Interessen verliehen ist.

Beispiele:

- Der Eigentümer eines Buches kann von dessen Besitzer die Herausgabe des Buches verlangen, wenn dieser kein Recht zum Besitz hat (§§ 985 f. BGB).
- Der Verkäufer eines Autos kann vom Käufer den vereinbarten Kaufpreis verlangen (§ 433 Abs. 2 BGB).

Das subjektive Recht ist einer der zentralen Grundbegriffe des gesamten Rechtssystems und der Rechtswissenschaft. Es spielt in allen Rechtsgebieten eine das Gesamtsystem der Rechtsordnung prägende und steuernde Rolle. Die Klagbarkeit der subjektiven Rechte ist das Mittel und die Voraussetzung ihrer realen Durchsetzbarkeit.

Das wird daran deutlich, dass die Menschen- und Grundrechte, von denen das Grundgesetz in Art. 1 Abs. 2, 3 ausgeht, als klagbare subjektiv-öffentliche Rechte aufgefasst werden und verfahrensrechtlich abgesichert sind. Die Grundrechte können darüber hinaus auch zwischen Privaten in allen Rechtsdisziplinen eine Wirkung entfalten, weil sie bei der Auslegung, etwa im Bürgerlichen und im Arbeitsrecht, vor allem im Bereich der Generalklauseln zu berücksichtigen sind (so genannte Drittwirkung der Grundrechte).

Der Begriff subjektives Recht umfasst alle individuellen gerichtsgeschützten Rechtspositionen von den Grund- und Menschenrechten bis zu schuldrechtlichen Forderungen und Gestaltungsrechten des Privatrechts.

Für den wirksamen Rechtsschutz des Einzelnen, für seine juristische Selbstbehauptung und Verteidigungsfähigkeit sind die subjektiven Rechte unverzichtbar. Die zentrale Steuerungs- und Schutzfunktion der subjektiven Rechte lässt sich anschaulich am Beispiel der Eigentumsgewährleistung zeigen.

Beispiel: Eigentumsgewährleistung aus Art. 14 GG, Rechtsbefugnisse des Eigentümers §§ 903, 985 ff, 1004 BGB

- Art. 14 GG Eigentum, Erbrecht und Enteignung
 - (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
 - (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
 - (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen,
- § 903 BGB - Befugnisse des Eigentümers -

Der Eigentümer einer Sache kann, so weit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen. ...
- § 985 BGB - Herausgabeanspruch -

Der Eigentümer kann von dem Besitzer die Herausgabe der Sache verlangen.
- § 1004 BGB - Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch -

Wird das Eigentum in anderer Weise als durch Entziehung oder Vorenthaltung des Besitzes beeinträchtigt, so kann der Eigentümer von dem Störer die Beseitigung der Beeinträchtigung verlangen. ...

Die Eigentumsgarantie gewährt nicht nur Abwehrrechte, wenn das Eigentum entzogen oder zerstört wird. Der Eigentümer wird durch die rechtliche Gewährleistung des Eigentums in die Lage versetzt, sich einen individuellen Freiraum eigenverantwortlicher, unabhängiger Daseinsgestaltung zu schaffen, in dem er als Person nach seinen Wün-

schen und Präferenzen frei entscheiden kann. Eigentum wird zur Basis persönlicher Entfaltungsfreiheit. Wo diese Eigentumsgarantie in einer Rechtsordnung fehlt, wird bereits auf die mögliche selbstverantwortliche Daseinsgestaltung verzichtet.

Das subjektive Recht enthält, ähnlich wie die Begriffe Rechtsperson und Rechtsfähigkeit, eine Rechtsschutzzusage für den jeweils durch das objektive Recht Berechtigten. Es bezeichnet ein Gebiet unabhängiger Herrschaft des individuellen Willens, es ist die juristische Grundlage der Freiheit der Persönlichkeit.

Eine Rechtsordnung, die das subjektive Recht anerkennt, bejaht demnach das selbstverantwortliche Individuum, die rechtsfähige, zur freien Entfaltung ihrer Anlagen berufene Person. Eine solche Ordnung bekennt sich zum Vorrang und zum sittlichen Wert der Einzelpersönlichkeit unabhängig von ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie. Das entspricht den Grundrechten aus Art. 1 und 2 GG.

1.4 Funktionen des Rechts

1.4.1 Gestaltungs- und Steuerungsfunktion

Recht ist für jedes politische Gemeinwesen unverzichtbares Organisations- und Herrschaftsinstrument, um das menschliche Zusammenleben zu ordnen, zu steuern und zu gestalten. Zur Ordnung eines bestimmten Lebensbereiches ist daher als typisches Instrument das Gesetz zu sehen. Jedem Gesetz liegt ein normativ verfestigter politischer Gestaltungswille zu Grunde.

Wie unerlässlich das Recht als Gestaltungsmittel politischer Machthaber im Staat ist, zeigt sich daran, dass jede Regierung Rechtsnormen zur Durchsetzung ihrer politischen Programme erlassen muss. Verliert in einer parlamentarischen Demokratie eine Bundes- oder Landesregierung die zur Gesetzgebung erforderliche Parlamentsmehrheit, so kann sie in der Regel nur noch zurücktreten.

Ein Beispiel dafür ist der Rücktritt des Bundeskanzlers Schmidt 1982.

Die Rechtsnormen sollen politische Ordnungsvorstellungen und Wertentscheidungen verwirklichen. Das geschieht in allen Lebensbereichen. Der Gestaltungszweck wird vielfach in stark formalistische Verfahrensregelungen umgesetzt und dadurch äußerlich verdeckt. Die politische, nämlich den Staat und Gesellschaft gestaltende und steuernde Funktion der Rechtsanwendung tritt im Bewusstsein der Rechtsanwender daher oft in den Hintergrund oder wird gar nicht wahrgenommen.

Beispiele:

- Das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren, die Wahl des Bundeskanzlers und das konstruktive Misstrauensvotum (Art. 67 GG) sind Beispiele für solche verfassungsgesetzlichen Verfahrensregelungen, die zentralstaatliche Machtpositionen betreffen.
- Im Zivilrecht gelten weitgehend die Grundsätze der Privatautonomie und der Vertragsfreiheit als Regulierungsinstrumente für eine möglichst freiheitliche und selbstverantwortliche Lebensgestaltung der Bürger.
- Die Meinungs- und Pressefreiheit in Art. 5 Abs. 1 GG garantieren nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durch den freien Meinungskampf zugleich die Lebendigkeit der freiheitlichen Demokratie.

Das Recht steuert so in einem erheblichen Umfang den Ablauf aller bedeutsamen staatlichen und gesellschaftlichen Vorgänge und Entwicklungen.

1.4.2 Ordnungsfunktion

Recht schafft Ordnung, und zwar zunächst formal.

Beispiel: Straßenverkehr

Wo es Fahrzeuge gibt, da muss es Verkehrsvorschriften geben. Es muss etwa geregelt sein, ob generell auf den Straßen rechts oder links gefahren werden soll. Zunächst sind beide Entscheidungen denkbar. Sie sind im Grundsatz gleichwertig. Wichtig ist, **dass** die Frage entschieden wird, das **wie** der Entscheidung ist nachrangig. Das „ob“ ist im Fall des Straßenverkehrs wichtig für fundamentale Rechtsgüter. Es geht um den Schutz von Leben, Gesundheit, Eigentum, also Rechtsgüter, die auf der inneren Wertetafel der Rechtsordnung einen hohen Stellenwert haben. D.h. die formale Ordnung wird zum unverzichtbaren Bestandteil der Rechtsordnung und dient dem Schutz der Rechtsgüter.

Die formale Ordnung schafft in vielen Bereichen auch die Möglichkeit, entsprechende Konfliktkonstellationen zu vermeiden. Dies geschieht insbesondere durch zulässige vertragliche Abreden.

Beispiele:

Vereinbarungen zur Vermeidung unerwünschter gesetzlicher Folgen

- Eheschließung
- Ehescheidung
- Erbfolge im Unternehmen
- ...

Neben der rein formalen Ordnungsfunktion hat das Recht materielle Ordnungsfunktion. Das Recht hat u.a. die Aufgabe, die jeweilige Staats- und Gesellschaftsordnung zu stabilisieren, das gesellschaftliche Ordnungsgefüge und die Entscheidungszuständigkeiten zu konservieren. Die Rechtsordnung konserviert die Prinzipien des jeweiligen Staats- und Gesellschaftsaufbaus und bestimmt damit die legale Grenze für Systemveränderungen.

Dies ergibt sich insbesondere aus Art. 79 GG, der eine Änderung des Grundgesetzes nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässt.

Das Recht schützt diese Ordnungen gegen rechtswidrige Angriffe. So wird z.B. die Entscheidungsfreiheit des Parlaments durch § 105 StGB (Verbot der Nötigung von Staatsorganen) abgesichert.

Eine politisch gewollte Macht- und Kompetenzverteilung (parlamentarische Gesetzgebung) wird normativ mit dem Ziel der Dauerhaftigkeit festgeschrieben.

1.4.3 Zuordnungs- und Rechtsgarantiefunktion

Das Recht gewährt und schützt individuelle und kollektive Berechtigungen. Mit den subjektiven Rechten ordnet es Rechtspersonen geschützte, klagbare Rechtspositionen zu. Erst dadurch erhält der einzelne Bürger und erhalten Personenzusammenschlüsse (Vereine, Verbände, Gesellschaften) rechtlich geschützte Handlungsräume, in denen sie sich entfalten, ihre Interessen artikulieren und verfolgen können.

Der Rechtsinhaber kann frei entscheiden, ob er seine Rechtsmacht, etwa durch Vertragsschluss, eine Kündigung, eine Anfechtung oder einen Rücktritt ausüben will. Die Zuordnung subjektiver Rechte sagt also dem Einzelnen, was sein Recht im Rahmen der Rechtsordnung ist. Verbindlich zugeordnetes und gewährleistetetes Recht macht

das Verhalten der Bürger untereinander und die Beziehungen zwischen Bürger und Staat vorhersehbar. Recht schafft Sicherheit. Diese Funktion des Rechts gilt als systemneutral für alle staatlichen Organisationsformen. Recht soll Rechtssicherheit schaffen und damit für ein wichtiges Teilstück an Gerechtigkeit Gewähr leisten.

1.4.4 Streitentscheidungsfunktion

Das Recht übernimmt als Regulierungsinstrument und Entscheidungsmaßstab bei Interessenkonflikten eine wesentliche Funktion ein. Das Rechtssystem sorgt in seiner Entscheidungsfunktion dafür, dass in Streitfällen über den Inhalt der Rechtsordnung eine verbindliche, für die Parteien endgültige Entscheidung zu Stande kommt. Erst die rechtskräftige Entscheidung ermöglicht den Streitbeteiligten, ihre Dispositionen an der nunmehr geklärten Rechtslage auszurichten.

Bei Grundsatzentscheidungen sind die konkreten Parteien nur die Initiatoren eines rechtspolitischen Aktes der richterlichen Normkonkretisierung oder Normsetzung. So haben tragende Leitsätze, Entscheidungen des Bundesgerichtshofs, in der Praxis gesetzesähnliche Wirkung, d.h. sie werden von den Untergerichten als geltendes Recht angesehen und in den zukünftigen Entscheidungen berücksichtigt. Entscheidungs- und Steuerungsfunktion gehen hiermit untrennbar ineinander über.

1.4.5 Befriedungsfunktion

Das Recht dient dem geregelten und gewaltfreien Ablauf des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die in jedem Gemeinwesen unvermeidbaren Konflikte sollen in Verfahren und nach Maßstäben ausgetragen werden, deren rechtsstaatliche Qualität der Staat sowohl durch seine Rechtsprechungs- wie durch sein Vollstreckungsmonopol gesichert sehen will. Das Recht dient also dem sozialen Frieden. Dieser Rechtsfriede darf allerdings nicht als statische, andauernde Harmonie aller Bürger, Gruppen und Kräfte missverstanden werden.

Das Recht ermöglicht es vielmehr, Interessensgegensätze und Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Maßstäbe und Verfahren, welche die Rechtsordnung bereithält, geregelt und gewaltfrei auszutragen. Der Rechtsfriede muss also in einer freiheitlichen Staats und Gesellschaftsordnung als dynamischer Prozess zulässiger und kanalisierter Konfliktsteuerung verstanden werden.

Das Recht kann seine Aufgabe, das staatliche und gesellschaftliche Leben zu befrieden, in einer freiheitlichen Ordnung dauerhaft nur erfüllen, wenn es von den Beteiligten und Betroffenen in seinen wesentlichen Grundprinzipien für gerecht gehalten und akzeptiert wird. Bestands- und Funktionsfähigkeit der Staats- und Rechtsordnung hängen also auch davon ab, in welchem Maß das Recht Gerechtigkeitsvorstellungen der Rechtsgemeinschaft verwirklicht oder nicht.

1.4.6 Integrationsfunktion

Das Recht organisiert die gesellschaftlichen und politischen Abläufe in allen Lebensbereichen. Deshalb kommt der Rechtseinheit in politischen Staatsgebilden eine wichtige Rolle zu. Rechtseinheit bedeutet Organisationseinheit.

So wurde die Wiedervereinigung bewirkt und in Gang gesetzt durch den Einigungsvertrag von 1990, in dem die Gesamtrechtsordnung der Bundesrepublik mit geringen Ausnahmen und Übergangsregelungen für die Neuen Bundesländer übernommen wurde. Ähnliches verdeutlicht die von der Europäischen Union in verschiedenen Bereichen geschaffene verbindliche und einheitliche Rechtsordnung (Europarecht). Dies gilt insbesondere für die europäischen Regelungen des Wettbewerbs- und Kartell-

rechts und die Errichtung eines gemeinsamen Marktes mit freiem Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital.

Die in den Beispielen angedeutete Integrationsfunktion des Rechts ist für die Existenz- und Handlungsfähigkeit der vom Recht gestalteten politischen oder gesellschaftlichen Einheit außerordentlich bedeutsam. Die bestehenden und sich entwickelnden Rechtsnormen übernehmen somit in Abhängigkeit der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eine starke integrative Funktion und haben entscheidenden Einfluss auf das Allgemeinbewusstsein.

1.4.7 Präge- und Erziehungsfunktion

Geltendes und wirksames Recht schafft Rechtsbewusstsein und macht aus Rechtsgehorsam bei entsprechender Geltungsdauer Rechtsüberzeugung. Die Zustimmung der Bürger zur und ihre Identifikation mit einer Rechtsordnung verändert deren Geltungsqualität und deren Ausstrahlung. Recht prägt demnach das Rechtsbewusstsein weit über den realen Rechtszwang hinaus, der von Rechtsnormen ausgeht.

So können Neuregelungen wie das Abtreibungsrecht, das Recht der Kriegsdienstverweigerung oder der Arbeitnehmermitbestimmung das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung erheblich beeinflussen (BVerfGE 39, 1, 88, 203; 69, 1; 50, 290).

Ähnliches gilt für die Neuinterpretation von Gesetzen oder der Verfassung durch das Bundesverfassungsgericht. Dies lässt sich beispielhaft an der Veränderung des Gewaltbegriffs bei der Nötigung oder hinsichtlich des Persönlichkeitsschutzes und der Meinungsfreiheit verdeutlichen (BVerfGE 92, 1; 34, 269; 71, 206; 80, 36).

Darüber hinaus wird dem Recht in Abhängigkeit des jeweiligen politischen Systems eine effektive Erziehungsfunktion zugesprochen. Dies gilt vor allem für Staaten, die ihre Bürger auf eine für jedermann verbindliche, staatlich verordnete Weltanschauung ausrichten wollen.

So war z.B. das gesamte Arbeitsrecht der DDR in einem seiner Hauptzwecke darauf ausgerichtet, die Werktätigen in einem umfassenden Erziehungsprozess durch die gemeinschaftliche sozialistische Arbeit in ihren Arbeitskollektiven zu voll entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten zu formen. Hauptträger dieser Erziehungsaufgabe waren gem. §§ 18, 21 des Arbeitsgesetzbuches der DDR der Betriebsleiter und die leitenden Mitarbeiter, aber auch die betrieblichen Konfliktkommissionen sowie die Gewerkschaften.

Die individuellen und kollektiven Leitbilder von Gerechtigkeit werden somit erheblich vom Status quo des geltenden Rechts beeinflusst.

2 Rechtsquellen und Rechtsgebiete

Lernbereich

2.1 Rechtsquellen

2.1.1 Begriff und Funktion der Rechtsquellen

Die Formen und Erscheinungsformen, in denen das objektive Recht auftritt und damit für den Rechtsanwender erkennbar wird, nennt man Rechtsquellen.

Rechtsprechung und vollziehende Gewalt sind an Gesetz und Recht gebunden.

Nach Art. 20 Abs. 3 GG ist die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung an Gesetz und Recht gebunden. Art. 97 Abs. 1 GG bezeichnet die Unabhängigkeit der Richter und ihre Bindung an das Gesetz.

Ein Richter, der einen Rechtsstreit beurteilen soll, darf sich also nicht auf sein subjektives Gefühl verlassen, wenn er zu entscheiden hat, was rechtens ist. Er soll nach Gesetz und Recht erkennen. Die genaue Erfassung der Rechtsquellen und damit die genaue Bestimmung dessen, was Gesetz und Recht anordnen, ist die verfassungsmäßige Aufgabe der Rechtsanwender.

Die Verfassung ist also die Grundnorm der Rechtsquellenlehre. Diese soll dem Rechtsanwender helfen, seine Aufgabe getreu den Verfassungsgeboten der Art. 20 Abs. 3 und 97 Abs. 1 GG wahrzunehmen, also seine Rolle im Gefüge der verfassungsmäßigen Gewalten zutreffend zu erkennen und auszufüllen.

Der Begriff der Rechtsquelle kann mehreres bedeuten. In weitem Sinne verstanden bezeichnet man damit alle Einflussfaktoren, die das objektive Recht maßgeblich prägen. So gesehen sind etwa die rechtswissenschaftliche Literatur, die Exekutive (Verwaltung), die ständige Rechtsprechung und die Volksanschauung ebenfalls Rechtsquellen. Sie können dem Richter dabei helfen, das geltende Recht zutreffend zu erkennen.

Man kann insoweit von Rechtsquellen im weiteren Sinne oder auch von soziologischen Rechtsquellen sprechen. In der Rechtstheorie wird der Begriff jedoch überwiegend in einem engeren Sinne gebraucht. Als Rechtsquelle wird nur anerkannt, was für den Rechtsanwender verbindliche Rechtssätze im Sinne der Art. 20 Abs. 3 und 97 Abs. 1 GG erzeugt.

2.1.2 Arten von Rechtsquellen

Der Stufenaufbau der Rechtsordnung führt zu einer Hierarchie der Rechtsquellen. Höherrangige Rechtsnormen verdrängen solche niederen Ranges (zwingendes Europarecht geht nationalem Recht vor, Bundesrecht bricht Landesrecht, Art. 31 GG).

Supra- und internationale Regelungen

Im Zuge der Einigung Europas und der weltweiten Internationalisierung von Rechtsmaterien gewinnen supra- und internationale Rechtsquellen immer mehr an Bedeutung.

Sowohl das Völkerrecht (diplomatischer Schutz, völkerrechtliche Verträge, allgemeine Rechtsgrundsätze), als auch Regelungen des Europarechts und Gemeinschaftsrechtes (Vertrag über die Europäische Union, Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Verordnungen, Entscheidungen und Richtlinien gem. Art. 189 EGV) sind Bestandteil dieser supra- und internationalen Regelungen.

Gesetz, Rechtsverordnungen, Satzung

Die Hauptform, in der sich das Recht ausdrückt ist das geschriebene Gesetzesrecht. Das deutsche Recht ist in erster Linie in geschriebenen Rechtssätzen niedergelegt. Man spricht deshalb auch von einer kodifizierten Rechtsordnung.

Beispiele hierfür sind

- das Bürgerliche Gesetzbuch
- das Strafgesetzbuch
- das Handelsgesetzbuch
- die Zivilprozessordnung
- die Strafprozessordnung
- die Verwaltungsgerichtsordnung

Gesetze

Gesetze sind Rechtsnormen, die von verfassungsmäßig berufenden Trägern der gesetzgebenden Gewalt in einem Verfahren und in einer Form - die beide von der Verfassung vorgeschrieben sind - erlassen wurden. Sie enthalten Regelungen, die in allgemeiner Form und mit verbindlicher Wirkung die Rechte und Pflichten des Betroffenen begründen, ausgestalten, ändern oder aufheben. Das Gesetz ist generell und abstrakt, d.h. es richtet sich an alle, ist also nicht auf einzelne Personen abgestellt und regelt nicht unmittelbar einen Einzelfall.

Beispiel: Schadensersatzpflicht bei unerlaubter Handlung § 823 Abs. 1 BGB

§ 823 Abs. 1 BGB bestimmt, wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem Anderen zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet. Diese Regelung ist generell. Es ist also nicht darauf abgestimmt, ob der Autofahrer X oder der Autofahrer Y einen Fußgänger angefahren hat.

D.h. jeder, der vorsätzlich oder fahrlässig die genannten Rechte des anderen verletzt, ist zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Die Regelung ist auch abstrakt, d.h. losgelöst von einem bestimmten Lebensvorgang. Ob beispielsweise eine Gesundheitsverletzung dadurch entsteht, dass im Einzelfall ein Verkehrszeichen übersehen wurde oder der Schnee vor einem Hausgrundstück nicht geräumt wurde, ist für die Anwendung der gesetzlichen Bestimmung unerheblich.

Gesetze dieser Art, die Rechte und Pflichten des Einzelnen begründen, ausgestalten, ändern oder aufheben, nennt man auch Gesetze im materiellen Sinne.

Im Unterschied dazu gibt es Gesetze im formellen Sinne. Sie werden zwar auch von den für die Gesetzgebung zuständigen Organen und in dem von der Verfassung vorgeschrieben Verfahren erlassen, erzeugen jedoch für den Einzelnen keine unmittelbaren Pflichten und Rechte.

Beispiel eines formellen Gesetzes ist der Haushaltsplan. Er muss im Voraus durch Gesetz festgestellt werden. Der Haushaltsplan eines Landes wendet sich an die Exekutive (Verwaltung), indem er diese ermächtigt, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Der Einzelne kann aus dem Haushaltsplan keine Ansprüche geltend machen.

Rechtsverordnungen

Auch Rechtsverordnungen enthalten abstrakte Regelungen, die nicht den Einzelfall betreffen und unmittelbar Rechte und Pflichten des Einzelnen berühren. Sie binden die Normadressaten materiell wie ein Gesetz. Sie kommen jedoch im Gegensatz zu Gesetzen, die im verfassungsgesetzlich geregelten Verfahren von Gesetzgebungsorganen verabschiedet werden, anders zu Stande. Rechtsverordnungen werden von dazu gesetzlich ermächtigten Organen der vollziehenden Gewalt in einem besonderen Verfahren erlassen.

Zur Gewährleistung der rechtsstaatlichen Grundsätze beim Erlass von Rechtsverordnungen schreibt das Grundgesetz in Art. 80 Abs. 1 vor, dass Rechtsverordnungen nur auf Grund einer Ermächtigungsgrundlage (Gesetz) erlassen werden dürfen.

- Art. 80 Abs. 1 GG
 - (1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetze bestimmt werden. ...

Rechtsverordnungen können im Vergleich zum Gesetzgebungsverfahren schnell erlassen, geändert oder aufgehoben werden. Mit ihrer Hilfe kann die Rechtsordnung an gewandelte Tatsachen oder Wertvorstellungen elastisch angepasst werden.

Beispiel: § 1612a BGB Unterhalt als Vomhundertsatz des Regelbetrages

§ 1612a BGB betrifft die Festsetzung des Regelbetrages bei der Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind. Die darauf gestützte Regelunterhaltsverordnung der Bundesregierung wird durch Änderungsverordnung entsprechend angepasst.

Satzungen

Die Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. Gemeinden, Landkreise, Anwalts- und Ärztekammern, Zweckverbände, Universitäten, Bundesbank etc.) benötigen und erlassen zur Erfüllung ihrer Aufgaben eigene Rechtssätze, sog. Satzungen. Sie regeln damit ihre Rechtsverhältnisse nach innen. Die Satzungsbefugnis der Körperschaften des öffentlichen Rechts ist Ausdruck der Autonomie der Träger.

Beispiele:

Die Körperschaften können beispielsweise

- die Erhebung von Gebühren (Studiengebühren),
- den Zwang zum Anschluss an eine gemeinsame Wasserversorgung oder an die Kanalisation

vorschreiben.

Gewohnheitsrecht

Zu den eigenständigen Rechtsquellen gehört das Gewohnheitsrecht. Das Gewohnheitsrecht setzt eine dauerhafte tatsächliche Übung in der Rechtsgemeinschaft voraus. Diese muss allgemein sein und auf der Rechtsüberzeugung der Rechtsgemeinschaft beruhen. Ob ein gewohnheitsrechtlicher Rechtssatz besteht und was genau sein Inhalt ist, wird in einem Rechtsstaat verbindlich durch die letzten zuständigen

Gerichtsstufen entschieden. Demzufolge ergibt sich hier zwangsläufig eine Verknüpfung zwischen Gewohnheitsrecht und Richterrecht.

Richterrecht

Als Richterrecht bezeichnet man Rechtssätze, die in höchstgerichtlichen oder letztinstanzlichen Entscheidungen verwendet werden, aber in der gesetzlichen oder gewohnheitsrechtlichen Rechtsordnung nicht enthalten sind. Richterrecht sind alle Entscheidungsnormen, die ohne wertende, gebotsbildende Akte des Richters dem Gesetz nicht entnommen werden können.

Beispiele:

- § 50 Abs. 1 Zivilprozessordnung sagt, dass parteifähig nur ist, wer rechtsfähig ist. Nach der Rechtsprechung des BGH haben Gewerkschaften die aktive Parteifähigkeit, obwohl sie als nichtrechtsfähige Vereine organisiert sind.
- § 253 BGB schließt Schmerzensgeldansprüche für Ehrverletzungen aus. Die Rechtsprechung billigt bei schweren Ehrverletzungen dem Geschädigten Schmerzensgeldansprüche zu.

Naturrecht

Unter dem Naturrecht versteht man ein zeitlos gültiges, unverlierbares, mit dem Wesen des Menschen vorgegebenes Recht auf bestimmte Urgüter. Dieses Naturrecht steht demnach über den Gesetzen, es verweist den staatlichen Gesetzgeber bei der Gestaltung positiver Rechtsregeln in Schranken. Werden diese überschritten, so entsteht gesetzliches Unrecht.

Die jüngste Vergangenheit in der deutschen Geschichte zeigt, welches Unrecht begangen wird, wenn Recht die Menschenwürde und alle Freiheitsrechte missachtet. Die während der NS-Herrschaft geschaffenen Rassen- und Arisierungsgesetze und ihre ungeheuerlichen Folgen verdeutlichen eindrucksvoll, dass nicht alles Recht ist, was Gesetz ist.

Eine klare inhaltliche Bestimmung des Naturrechtes ist nicht möglich, vielmehr ist diese von einer bestimmten Zeit und einer bestimmten Kultur abhängig und hat für uns seine konkrete Ausformung in der Unantastbarkeit der Menschenwürde und in den Grundrechten der Verfassungen gefunden.

2.2 Rechtsgebiete

Das gesamte Recht ist zunächst zweigeteilt in öffentliches und privates Recht.

Privatrecht - ist zunächst jenes Recht, das für die Rechtsbeziehungen der Bürger oder ihrer Zusammenschlüsse bis hin zu juristischen Personen des Privatrechts untereinander gilt. Dem Privatrecht sind neben den Rechtsbeziehungen unter Privaten auch die Rechtsbeziehungen unter Hoheitsträgern oder zwischen Privaten und Hoheitsträgern zuzuordnen, sofern letztere sich wie Privatleute verhalten.

Öffentliches Recht - regelt die Beziehungen innerhalb von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts untereinander oder zwischen Privaten und Hoheitsträgern, sofern Letztere sich nicht wie Privatleute verhalten. Dem öffentlichen Recht prinzipiell zugehörig ist das Strafrecht, welches sich verselbstständigt hat und von daher in der weiteren Erörterung als eigenständiges Rechtsgebiet dargestellt wird.

Strafrecht - bestimmt, welche Zuwiderhandlungen gegen die soziale Ordnung Verbrechen oder Vergehen sind, und es droht als Rechtsfolge die Strafe an.

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die einzelnen Rechtsgebiete.

Privatrecht - Zivilrecht	Strafrecht	Öffentliches Recht
<ul style="list-style-type: none"> • allgemeines Recht • besonderes Zivilrecht • Recht der Schuldverhältnisse • Sachenrecht • Familienrecht • Erbrecht • Handelsrecht, etc. • Arbeitsrecht • Zivilprozessrecht 	<ul style="list-style-type: none"> • allgemeines Strafrecht • besonderes Strafrecht • Jugendstrafrecht • Ordnungswidrigkeitsrecht • Betäubungsmittelrecht • Straßenverkehrsrecht • Wehrstrafrecht • Strafvollzugsrecht • Strafprozessrecht 	<ul style="list-style-type: none"> • überstaatliches Recht Völkerrecht, Europarecht • Staatsrecht/Verfassungsrecht • allgemeines Verwaltungsrecht • besonderes Verwaltungsrecht • Polizeirecht • Baurecht • Kommunalrecht • Beamtenrecht • Wirtschaftsrecht; Gewerberecht; Handwerksrecht; Atomrecht; Immissionsschutzrecht; etc. • Finanz- und Steuerrecht • Sozialrecht • Verwaltungsprozessrecht

Tabelle 2 Rechtsgebiete

Aufgabe 1

Was ist objektives und subjektives Recht?

Aufgabe 2

Welche Funktionen des Rechts sind dem Strafgesetzbuch zuzuordnen, beispielsweise dem § 212 StGB (Strafgesetzbuch)?

§ 212 StGB

(1) „Wer einen Menschen tötet, ohne Mörder zu sein, wird als Totschläger mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft.“

Aufgabe 3

Was versteht man unter Rechtsquellen? Welche Rechtsquellen kennen Sie?

Aufgaben

Aufgabe 4

Die Nachbarn Helma K. und Friedrich M. haben regelmäßig Auseinandersetzungen über die Pflege des gemeinsamen Gartens. Eines Tages schneidet Friedrich M. die Rosen der Helma K. bis auf die Wurzel herunter. Helma K. ist darüber sehr erbost und gräbt daraufhin zwei kleine Obstbäume des Friedrich M. aus. Einen zerhackt sie und wirft die Reste vor den Eingang des Friedrich M. auf die Straße. Den anderen behält sie und pflanzt ihn hinter dem Haus ein, um selbst die Früchte zu ernten. Daraufhin erlässt die Behörde einen Bußgeldbescheid gegen Friedrich M.

Um welche Rechtsgebiete könnte es sich hierbei handeln?

**Realisierung
Fallbeispiel
„Unfall mit
eigenem PKW auf
Dienstfahrt“**

Der geschilderte Lebensvorgang kann zu verschiedenen Prozessen bei unterschiedlichen Gerichtszweigen führen. Benennen Sie diese bei möglichen Ansprüchen und Schwierigkeiten, die A haben könnte.

Zu unterscheiden sind folgende Sachverhalte:

1. Bestrafung des A wegen fahrlässiger Körperverletzung
2. Anfechtung der Einschränkung der Fahrerlaubnis
3. Durchsetzung der Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderung des Z
4. Anfechtung der Kündigung
5. Anfechtung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung

Treffen Sie entsprechende Aussagen zu diesen Sachverhalten!

Lösungsanhang

Lösungen

2 Rechtsquellen und Rechtsgebiete

Aufgabe 1

- Objektives Recht ist die Summe der geltenden Rechtsnormen.
- Subjektives Recht ist die Rechtsmacht, die dem Einzelnen von der Rechtsordnung als Mittel zur Wahrung seiner Interessen verliehen wird, d.h. die einklagbare Berechtigung des Einzelnen zur Durchsetzung seiner Ansprüche.

Aufgabe 2

Für die Normen im Strafgesetzbuch gilt vornehmlich, dass dort alle Rechtsfunktionen ihren Inhalt gefunden haben.

- Ordnungsfunktion
- Zuordnungs- und Rechtsgarantiefunktion
- Streitentscheidungsfunktion
- Befriedungsfunktion
- Gestaltungs- und Steuerungsfunktion
- Integrationsfunktion
- Präge- und Erziehungsfunktion

Aufgabe 3

Rechtsquellen sind die Formen und Erscheinungsformen, in denen das objektive Recht für den Rechtsanwender erkennbar auftritt.

Zu den Rechtsquellen zählen:

- Supra- und internationale Regelungen
- Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen
- Gewohnheitsrecht
- Richterrecht
- Naturrecht

Aufgabe 4

- Helma K. kann zunächst Schadensersatz (Zivilrecht) hinsichtlich der Zerstörung ihrer Rose von Friedrich M. verlangen. Zudem kann sie ihn wegen Sachbeschädigung (Strafrecht) anzeigen.
- Friedrich M. kann Helma K. wegen Diebstahl und Sachbeschädigung (Strafrecht) an dem Obstbaum anzeigen und Schadensersatz, gegebenenfalls auch Herausgabe (Zivilrecht) verlangen.
- Bei dem Bußgeldbescheid handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Sachverhalt, da der Bußgeldbescheid von einer Behörde erlassen wurde.

Fallbeispiel „Unfall mit eigenem PKW auf Dienstfahrt“

1. Die Bestrafung des A wegen fahrlässiger Körperverletzung wird in einem strafrechtlichen Verfahren durchgeführt und erfolgt durch ein Gericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit.
2. Durch die Auflage der Verwaltungsbehörde, nur noch mit Brille ein Kraftfahrzeug führen zu dürfen, wird die Fahrerlaubnis des A eingeschränkt. Will er sich dagegen wehren, so muss er den Verwaltungsrechtsweg bestreiten, d.h. Klage beim Verwaltungsgericht erheben.
3. Für die Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderung des Z wäre, sofern A nicht freiwillig zahlt, der ordentliche Rechtsweg beim Zivilgericht zulässig, d.h. ordentliche Gerichtsbarkeit.
4. Hält A die Kündigung seines Arbeitgebers für ungerechtfertigt, so müsste er sich an ein Gericht der Arbeitsgerichtsbarkeit wenden.
5. Ist A mit der Höhe der ihm gewährten Arbeitslosenunterstützung unzufrieden, so kann er ein Gericht der Sozialgerichtsbarkeit anrufen.